

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda beständigster Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandskassenkonto Bischofswerda Konto Nr. 64

Ercheinungsweg: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 25 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verantwortlicher: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pf., drittelbreite 8 Pf., am letzten die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 143

Mittwoch, den 21. Juni 1933

88. Jahrgang

Die Richtlinien für die Arbeit der Treuhänder

Neue deutsche Sozialpolitik. — Der Klassenkampfgedanke endgültig erledigt.

Die vielstündige Konferenz der neuernannten Treuhänder der Arbeit mit dem Reichsarbeitsminister ist in den politischen Kreisen Berlins mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die Beratung der Richtlinien für die Arbeit der Treuhänder wird allgemein als ein sozialpolitisches Ereignis ersten Ranges betrachtet. In einem viel fächerteren Maße als je zuvor schaltet sich der Staat durch die Treuhänder in den Gang des Wirtschaftslebens ein. Der Grundgedanke der nationalsozialistischen Revolution „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ hat in ihnen seine stärksten Verfechter. Durch die Einsetzung der Treuhänder ist der Klassenkampfgedanke für die weitere deutsche Zukunft endgültig erledigt worden. An die Stelle selbstmörderischer Sozialkämpfe tritt die Autorität eines zentralen ethischen Arbeitsbewusstseins, das den Gesamtrahmen der notwendigen Arbeitsverträge mit neuem Geist erfüllen soll. Damit ist die Atmosphäre für die große Neuordnung der Arbeitsbedingungen, die in den nächsten Monaten erfolgen muß, in außerordentlichem Maße gereinigt worden. Der Staat tritt nicht mehr wie früher als Schlichter zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Er tritt vielmehr innerhalb der berufständlichen Neuordnung die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter jeden Berufsstandes vor sein höchstes Richterforum. Bei Meinungsverschiedenheiten und unüberbrückbaren Gegensätzen entscheidet er autoritativ über die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Ein Widerspruch dagegen im alten Sinne ist unmöglich. Soziale Kampfmaßnahmen haben in einem nationalsozialistisch regierten Staat jede Berechtigung verloren. An ihre Stelle rücken die Entscheidungen von Männern, die durch ihre Berufung und ihre Stellung jenseits aller Parteien und Interessen allein dem Staat und seinem höchsten Führer verpflichtet sind. Dadurch wird nicht die Selbstgesetzlichkeit und Eigenverantwortung der Berufsstände bei der Bewältigung ihrer Probleme aufgehoben. Sie bleiben auch in Zukunft die Träger der eigentlichen Verhandlungen und Besprechungen über berufständliche Differenzen. Ihre Freiheit wird aber in einem unvergleichlich höheren Maße der Idee der sozialen Pflicht und nationalen Verantwortung untergeordnet. Der Spruch der Treuhänder entscheidet nicht nur über Lohnfragen, sondern zugleich über die dabei bewiesene Disziplin und die Bewahrung des Gemeinschaftsgedankens. Eine Ausnutzung der sozial stärkeren Position gegenüber den Schwächeren kommt nicht

mehr in Frage. In der Arbeit der Treuhänder lebt das soziale Gewissen Deutschlands. Nur so ist auch die soziale Machtvolle zu verstehen, die ihnen gegeben werden soll. Sie bilden bei den Besprechungen im Reichsarbeitsministerium am Dienstag einen wesentlichen Kernpunkt der Auseinandersetzungen. Auch in Zukunft wird diese Machtvolle das wichtigste Instrument der neuen deutschen Sozialpolitik abgeben, die allein durch eine möglichst unbeschränkte Eingriffsmöglichkeit der Treuhänder in den richtigen sozialen Bahnen gehalten werden kann.

Zusammentritt der Treuhänder im Reichsarbeitsministerium.

wtb. Berlin, 20. Juni. (Drahtb.) Reichsarbeitsminister Franz Seidie hat die neuernannten Treuhänder der Arbeit zum 20. Juni zu einer Aussprache in das Reichsarbeitsministerium eingeladen. Der Reichsarbeitsminister begrüßte die erschienenen Treuhänder und dankte ihnen zugleich auch im Namen des Herrn Reichskanzlers für die Bewusstseinsleistung, das Übermaß wichtige und verantwortungsvolle Amt eines Treuhänders der Arbeit zu übernehmen. Mit der Ernennung der Treuhänder hätten, so führte der Reichsarbeitsminister u. a. aus, die Schlichter ihre Tätigkeit beendet. Er sehe es für seine Pflicht an, den bisherigen Schlichtern für ihre Mithilfe seinen Dank auszusprechen.

Der neue autoritäre Staat stellt sich vollkommen anders zur Wirtschaft als der bisherige liberaldemokratische Staat. In Zukunft erhebt der Staat auch gegenüber der Wirtschaft den unbedingten Forderungsanspruch. Die Wirtschaft hat dem Volke zu dienen, und Aufgabe des Staates ist es, darüber zu wachen, daß dies auch geschieht. Wir haben heute einen in seinen Fundamenten neu gegründeten Staat, aber noch eine in ihren Grundzügen im wesentlichen unveränderte

Wirtschaft. Das zeigt sich vor allem noch in unserem wirtschaftlichen und sozialen Verbändenwesen, das noch einer gründlichen Erneuerung im Geiste der nationalen Revolution mit dem Ziele einer berufständlichen Ordnung harret. Bis dieses Ziel erreicht ist, muß der Staat die Treuhänder für die Arbeit selbst übernehmen und das alte System in eine neue Ordnung überleiten, in der auch die Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen Aufgabe der berufständlichen Selbstverwaltung ist. So sind die Treuhänder der Arbeit geschaffen und vom Reichskanzler ernannt worden, um an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, einzelner Arbeitgeber oder der Vereinigungen von Arbeitgebern rechtsverbindlich die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zu regeln, um für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen und um bei der Vorbereitung der neuen Sozialverfassung mitzuarbeiten. Die Treuhänder verkörpern die höchste Staatsautorität und sind daher lediglich an die Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden. In der Aussprache mit den Treuhändern wurde festgesetzt, daß der Wille der Reichsregierung, wonach für die notwendige Uebergangszeit die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich in Geltung bleiben müßten, und daß es die Pflicht aller Beteiligten sei, die in den Tarifverträgen getroffene Regelung, soweit sich ihre Anwendung nicht als unumgänglich notwendig erweise, grundsätzlich aufrechtzuerhalten, auch als Richtlinie für die Arbeit der Treuhänder zu gelten hat. Sollte sich dennoch die Anwendung einzelner Tarifverträge als unbedingt erforderlich erweisen, so sind die Treuhänder im Rahmen der Weisungen der Reichsregierung vollkommen frei in ihren Entscheidungen und sollen diese autoritär. Schlichtungsverhandlungen, wie sie bisher nach dem liberalistischen und marxistischen Klassenkampfprinzip stattgefunden haben, gibt es in Zukunft nicht mehr. Das schließt aber nicht aus, daß die Treuhänder sich mit den Führern der beteiligten Berufe und ihrer Verbände zwecks Unterrichtung in Verbindung setzen und ihre Entscheidung vorbereiten. Im übrigen werden die Treuhänder im engsten Einvernehmen mit den zuständigen Verwaltungsstellen der Länder arbeiten, wobei ihnen jede Unterstützung der Länderregierungen zugesagt worden ist.

Auflösung und Verbot der deutschnationalen Kampfstaffeln.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Timm festgenommen.

wtb. Berlin, 21. Juni. (Drahtb.) In verschiedenen Ländern begann heute morgen auf Grund schwerwiegenden Materials, das der polnischen Polizei in die Hände gefallen war, eine großangelegte Aktion gegen die deutschnationalen Kampfstaffeln, da sich ergeben hat, daß sich in den Reihen dieser Verbände überwiegend Kommunisten eingenistet haben. Diese Kommunisten haben die Gelegenheit benützt, in diesen Kampfstaffeln Uniformen und Waffen zu erlangen und diese Kampfstaffeln zu einer Art Oppositionselement gegen die Regierung der nationalen Revolution auszubauen. Die dringlichen Aktionen begannen mit Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme der Waffen und Uniformen.

Die Ergebnisse der Hausdurchsuchungen.

Berlin, 21. Juni. (Drahtb.) Die Ergebnisse der Hausdurchsuchungen in den Heimen der deutschnationalen Kampfstaffeln in Berlin, Benthien und anderen Städten haben dazu geführt, daß die deutschnationalen Kampfstaffeln aufgelöst und verboten worden sind. Im Verlaufe der Aktion gegen die deutschnationalen Kampfstaffeln ist der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Timm festgenommen worden.

In den letzten Tagen verlaute es in unterrichteten Kreisen, daß sich Reichsminister Dr. Hugenberg infolge von Differenzen mit dem früheren Staatssekretär von Bismarck zur Auflösung der Kampfstaffeln veranlaßt sähe. Aus Kreisen, die dem Reichswirtschaftsminister nahestehen, wurde jedoch diese Darstellung bestritten. Immerhin darf vermutet werden, daß die Aktion im Einvernehmen mit Hugenberg erfolgt ist, dem man das Material vorgelegt haben wird. Etwas Näheres war bei Redaktionsschluß nicht zu erfahren.

Die deutschnationalen Kampfstaffeln auch in Sachsen aufgelöst.

Dresden, 21. Juni. Wie wir soeben erfahren, ist die Auflösung der deutschnationalen Kampfstaffeln auch für den Freistaat Sachsen angeordnet worden und bereits in Durchführung.

Hausdurchsuchung in der Geschäftsstelle der deutschnationalen Volkspartei in Berlin.

Berlin, 21. Juni. Die Polizeibehörde zur besonderen Verwendung erschien heute vormittag unvermutet in der Geschäftsstelle der deutschnationalen Volkspartei und nahm eine Hausdurchsuchung vor, die zur Zeit noch andauert.

Auflösung des Stahlhelm in der ganzen Rheinprovinz.

Vorübergehende Maßnahmen zur Säuberung von staatsfeindlichen Elementen.

enb. Düsseldorf, 21. Juni. (Drahtb.) Der „Westdeutsche Beobachter“ meldet: Zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Rheinprovinz wurden im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten heute früh um 5 Uhr auch in den Regierungsbezirken Aachen, Koblenz, Köln und Trier der Stahlhelm seitens der zuständigen Regierungspräsidenten in seiner jetzigen Führung aufgelöst. Die Geschäftsstellen und Heime des Stahlhelm wurden vorläufig geschlossen, die Vermögenswerte sichergestellt.

Diese nunmehr einheitlich in der ganzen Provinz getroffenen Maßnahmen bezwecken, den Stahlhelm von allen in letzter Zeit eingedrungenen marxistischen und sonstigen staatsfeindlichen Elementen zu säubern und die wertvollen alten Kräfte des Bundes nach ihrer Befreiung von jeglicher politischer Führung der eigentlichen Aufgabe des Stahlhelm als eines unpolitischen Wehrex-

Tageschau.

* Heute Dienstag morgen wurde in verschiedenen Städten eine großangelegte Aktion gegen die deutschnationalen Kampfstaffeln durchgeführt. Das Ergebnis der Hausdurchsuchungen war, daß die deutschnationalen Kampfstaffeln aufgelöst und verboten wurden, weil sich in ihnen Kommunisten eingenistet hatten. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Timm wurde festgenommen.

* Im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten ist heute Dienstag früh 5 Uhr der Stahlhelm in seiner jetzigen Führung in der ganzen Rheinprovinz aufgelöst worden. Die Maßnahmen bezwecken die Säuberung von eingedrungenen staatsfeindlichen Elementen.

* Reichsarbeitsminister Seidie hat die neuernannten Treuhänder der Arbeit am Dienstag in das Reichsarbeitsministerium eingeladen, um ihnen die Richtlinien für ihre künftige Arbeit bekannt zu geben.

* Reichsinnenminister Treubert u. Neurath hielt Dienstag abend von London aus eine Rundfunkansprache an das amerikanische Volk, in der er die Friedfertigkeit der deutschen Außenpolitik betonte. Durch die neue innere Staatsführung sei ein einheitlicher Staat gebildet worden, der das höchste Bollwerk gegen die kommunistische Gefahr sei.

* Der Deutsche Volkerrat für Oesterreich, die überparteiliche Organisation aller nationalen Parteien, Verbände und Gruppen, erhebt in einem Aufruf scharfen Einspruch gegen das Verbot der NSDAP. und des deutschösterreichischen Heimatschutzes.

* Der Danziger Volksrat wählte in seiner gestrigen Eröffnungsitzung mit 49 Stimmen der NSDAP. und des Zentrums bei 15 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen und der Linkspartei den nationalsozialistischen Kandidaten Dr. Kaufmann zum Präsidenten des Danziger Senats.

*) Ausführliches an anderer Stelle.